

Bagatell-Kündigungen

Schon bei 1,30 Euro ist der Job weg

VON ULRICH KÜNZEL

NÜRNBERG – Der Brotaufstrich, den die beiden Bäcker angeblich gestohlen und auf ihr Brötchen geschmiert hatten, war gerade mal 50 Cent wert. Dennoch wurde ihnen gekündigt. Die Kündigung des einen Mitarbeiters ist aus formellen Gründen unwirksam, urteilte gestern das Dortmund Arbeitsgericht. Im zweiten Fall ist eine Interessenabwägung des Gerichts zugunsten des ebenfalls langjährigen Mitarbeiters der Bergkamener Bäckerei ausgefallen.

Aus der Tatsache, dass die Männer weiterbeschäftigt werden müssen, während eine Berliner Supermarktkassiererin kürzlich wegen zwei entwendeter Pfandbons im Wert von 1,30 Euro ihren Job verlor, lässt sich aber nicht etwa eine Grenze ableiten, bis zu der Mitarbeiter ihren Arbeitgeber ungestraft belakken dürfen. Für Juristen ist ein solcher Fall nämlich keine Frage von Euro oder Cent. Sondern eine des Vertrauens.

„Arbeitnehmer, die ihren Arbeitgeber bestehlen, zerstören das Vertrauensverhältnis“, sagt Frank Bayreuther. Der Professor für Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht an der Freien Universität Berlin macht dabei allerdings einen Unterschied: Die beiden Bäcker wegen einer Lappalie wie des entwendeten Brotbelags zu entlassen, sei unverhältnismäßig. „Damit muss der Bäcker rechnen, dass seine Mitarbeiter den Finger in die Teigschüssel halten“, sagt Bayreuther – oder eben das Messer in den Brotaufstrich.

Wer an der Kasse sitzt, darf sich keinen Fehlgriff leisten

Handelt es sich im Fall der beiden Bäcker also nicht um einen sogenannten Vertrauensstatbestand, so verhält sich das im Fall einer Kassiererin, die in die Kasse greift, ganz anders. Denn ihr Arbeitsverhältnis ist in besonderem Maße von Vertrauen geprägt, hat sie doch Zugriff auf Vermögensgegenstände ihres Arbeitgebers. Fliegt es auf, dass sie Geld entwendet, ist sie den Job los. „Das ist seit 50 Jahren ständige Rechtsprechung“, sagt der Jurist im Gespräch mit der NZ.

Für die Richter sei es dabei gleichgültig, wie gering der Betrag auch sei, erklärt Bayreuther, der vor seinem Ruf nach Berlin einst auch als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Erlangen tätig war. Anders als bei langer Krankheit oder schlechter Arbeitsleistung sei Diebstahl nicht tolerierbar, das Vertrauensverhältnis zerrütet. Auch bei nur 1,30 Euro wie bei der Berliner Kaiser's-Kassiererin. Blicke die erste Tat ohne Folgen, wäre das für die Arbeitgeber ein großes Problem, sagt Bayreuther, schließlich deckten sie nur die wenigsten Fälle auf: „Ein Kleinunternehmer kann ja nicht jedem Mitarbeiter einen Aufpasser zur Seite stellen.“

Harte Entscheidung nach über 30 Dienstjahren

Wegen 1,30 Euro den Job zu verlieren, oder wegen 1,36 Euro wie im Fall einer Bäckereiverkäuferin aus Friedrichshafen, das leuchtet vielen Bürgern jedoch nicht ein. Die Kleinen werden entlassen, die Großen – Banker und Manager – mit hohen Boni abgefunden. Das ermuntert in der aktuellen Gerechtigkeitsdebatte auch manchen Politiker zu Schimpftiraden auf die deutsche Justiz.

Ganz ohne Grund, betont der Arbeitsrechtler, wengleich er im Fall der Berlinerin selbst wöglich Gnade vor Recht hätte ergehen lassen. Mit Blick auf die über 30 Dienstjahre der Frau hätte eine Abmahnung eventuell auch ausgereicht, gibt Bayreuther zu Bedenken. Doch wenn alle Richter vom erschütterten Vertrauensverhältnis überzeugt waren, sei das Urteil klar.

Das sei nicht nur bei Diebstahl so, sondern auch bei anderen Vermögensdelikten wie Unterschlagung oder Betrug. Ist die Kassiererin allerdings von ihrer Aufgabe schlicht überfordert und stimme deshalb die Kasse nicht, sei das kein Kündigungsgrund, sagt Bayreuther. Hier liegt kein mutwilliger Vertrauensmissbrauch vor.

Barack Obama und Franz Josef Jung sind auf der Suche:

Wo stecken die guten Taliban?

VON STEPHANIE RUPP

NÜRNBERG – Triumphierend verkündete US-Militärsprecher Rodney Davis die drei Möglichkeiten, die die Taliban jetzt noch hätten: Sie könnten entweder ihre Waffen niederlegen oder sich an die Seite der Zentralregierung in Kabul stellen oder aber sie würden durch die Koalitionstruppen getötet werden. Das war im Herbst 2003, und schon bald wurde klar: Die Taliban entschieden sich für keine dieser drei Strategien, sondern kämpften weiter und verbreiten bis heute Terror durch Selbstmordattentate, Sprengfallen und Entführungen.

Auf diese von Anfang an falsche Einschätzung des Westens, was die Entwicklung am Hindukusch und speziell der Taliban angeht, macht Can Mery in seinem Buch „Die afghanische Misere – warum der Westen am Hindukusch zu scheitern droht“ aufmerksam. „Der Westen hat die Taliban vollkommen unterschätzt“, sagt er im Gespräch mit der NZ. Ein großer Fehler sei es gewesen, dass die USA dachten, die Taliban seien besiegt, 2003 den Irak-Krieg begonnen hätten und Mittel sowie Soldaten, die dringend in Afghanistan benötigt worden wären, in den Irak abgezogen wurden.

Ein weiterer großer Fehler war nach Ansicht des Afghanistan-Kenners aber, dass die Taliban nicht bereits zur Bonner Petersberg-Konferenz im Jahr 2001 eingeladen und „von Anfang an bei der Weichenstellung für das neue Afghanistan mit einbezogen worden“ seien: „Damals wäre das aus einer Position der Stärke heraus geschehen“, so Mery.

Die jüngsten Gesprächsangebote des US-Präsidenten Barack Obama sowie des Bundesverteidigungsministers Franz Josef Jung an die „gemäßigten Taliban“ wirken auf Mery „inzwischen eher wie Verzweiflungstaten einer hilflosen afghanischen Regierung und westlicher Staaten, die nicht mehr weiter wissen und die dann eben nach diesem Strohalm greifen“.

Doch wer sind eigentlich diese gemäßigten Taliban, denen Gesprächsangebote unterbreitet werden? Das wissen kurioserweise nicht einmal diejenigen, die darauf eine Antwort haben sollten, nämlich die Taliban selbst: „Ich weiß nicht, warum sie über gemäßigte Taliban reden und was es bedeu-



Gut oder böse? Diese Ex-Taliban sind die wohl die Guten. Sie haben ihre Panzerfäuste abgegeben. Foto: rtr

tet“, verkündete jedenfalls gestern Taliban-Sprecher Kari Mohammad Jusuf in Kabul.

Dass der Begriff „gemäßigte“ Taliban falsch gewählt ist, machen auch die Afghanistan-Experten Citha Maaß von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik sowie Conrad Schetter vom Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn deutlich. „Aus meiner Sicht gibt es keine gemäßigten Taliban“, sagt Maaß zur NZ. Schetter beklagt, man blicke hier einfach mit der westlichen Brille auf Afghanistan und meine mit den sogenannten gemäßigten Taliban einfach nur diejenigen Aufständischen, „die gesprächsbereit sind. Das hat aber nichts damit zu tun, ob es sich nun um Gewalttätige oder

fromme Schäflein handelt“. Pragmatischerweise seien all diejenigen gefragt, „die man für die eigenen Zwecke einbinden kann“.

Um jedoch potenzielle Ansprechpartner zu finden, sollte man vielleicht erst einmal wissen, welche Gruppierungen es innerhalb der Taliban gibt. Gesicherte Erkenntnisse gibt es da natürlich nicht, schließlich veröffentlichten die Taliban kein Organigramm.

Und so gebe es unterschiedliche Klassifizierungen, sagt Schetter. Eine Sichtweise unterscheide zwischen den „Hardcore-Taliban“ und „Mitschwimmern“, die Interesse an bestimmten Ressourcen hätten. Eine zweite Betrachtungsweise unterteile zum einen diejenigen Taliban, die mit Mul-

lah Omar verbunden sind, zum zweiten das Haqqani-Netzwerk, das von Waziristan aus agiere und zum dritten die Bewegung um den ehemaligen Warlord Gulbuddin Hekmatjar.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik sieht Mullah Omar weiterhin an der Spitze der Taliban, insbesondere der sogenannten Quetta-Schura. Um die zentralistische Führungsstruktur herum gruppieren sich aber ein innerer Ring aus Koranschülern sowie im äußeren Ring Kämpfer aus lokalen Paschtunen-Stämmen.

Verhandlungen der afghanischen Regierung mit den Taliban an sich sind aber nicht neu. Sie finden seit langem auf der lokalen Ebene statt, wie alle Experten betonen. Auf der Führungsebene gibt es derzeit offensichtlich Geheimverhandlungen in Saudi-Arabien, so Citha Maaß. Daran würden Vertreter der Karsai-Regierung und Vertraute von Mullah Omar teilnehmen.

Doch das Problem liegt nach Ansicht von Conrad Schetter nicht darin, dass sich die Taliban-Bewegung nicht eindeutig darstellen lässt und die Suche nach passenden Ansprechpartnern schwierig ist. Viel wichtiger wäre es, einen Schritt vorher anzusetzen: „Die internationale Gemeinschaft muss endlich definieren, was genau sie in Afghanistan erreichen will.“ Wenn die Bekämpfung des Terrors an vorderster Front stehen soll, müsse es darum gehen, Al-Qaida zu bekämpfen. Wenn man in erster Linie die Menschenrechte nach westlichen Vorstellungen umgesetzt sehen möchte,

seien Gespräche mit den Taliban von vornherein nicht zielführend.

Wenn sich die Bundesregierung an ihr aktuelles Strategiepapier zu Afghanistan halten würde, in dem steht, dass die Taliban nicht mehr an die Macht kommen dürften, dann dürfte sie diese eigentlich auch nicht zu Verhandlungen aufrufen, so Schetter. Wenn die internationale Gemeinschaft hingegen vor allem auf die Stabilisierung des Landes aus sei, führe „kein Weg an Gesprächen mit den Taliban vorbei“.

Buchtipp: Can Mery: Die afghanische Misere. Wiley-VCH Verlag, 308 Seiten, 19,90 Euro; Internet: www.swp-berlin.org (Dossiers Afghanistan)

Auge um Auge, Säure um Säure: Verstümmelte Iranerin setzte Vergeltung durch

Die ätzende Rache der jungen Frau Bahrami

VON RALPH SCHULZE

BARCELONA – Sie weint, als sie ihre Geschichte erzählt. Die Tränen laufen ihr übers ganze Gesicht, über jene Narben, welche der furchtbare Säureanschlag hinterlassen hat. Eine Sonnenbrille verdeckt ihre Augen, die an jenem schlimmsten Tag ihres Lebens verätzt wurden und sie erblinden ließen. Die 31-jährige Iranerin Ameneh Bahrami, die vor einem Gericht in Teheran durchsetzte, dass ihrem Angreifer seine Untat in gleicher Weise heimgezahlt wird, versucht im nordspanischen Barcelona ein neues Leben anzufangen. Sie weiß, dass viele Europäer nicht verstehen werden, dass dem in Iran inhaftierten Attentäter demnächst ebenfalls mit Säure die Augen buchstäblich verbrannt werden.

„Was würden Sie machen“, fragt Ameneh Bahrami, „wenn so etwas Ihrer Tochter angetan würde?“ Jene, die Zweifel an der Richtigkeit der von ihr gewünschten Strafe hätten, müssten nur ein für „fünf Minuten die Augen schließen und dann so versuchen, auf die Straße zu gehen“.

Seit vier Jahren lebt Bahrami nun in der nordspanischen Metropole, geht regelmäßig zu jener renommierten Augenklinik, welche ihr die iranische Regierung vermittelt, und wo man seit Jahren versucht, ihr doch noch etwas Sehkraft zurückzugeben. Was vorübergehend auch gelungen war, bis eine Infektion sie erneut

erblinden ließ. Aber sie hofft weiter auf jenen Tag, „an dem die Wissenschaft Fortschritte macht“.

Und auch darauf, dass die Teheraner Richter ihr den Vollstreckungstermin mitteilen. Denn sie will dann in den Iran reisen und die Sühneaktion an dem Säureattentäter möglichst persönlich vornehmen. Soweit sie dies nicht könne, gebe es „viele

Freiwillige“, die ihr helfen würden. „Er wird betäubt und wird keine Schmerzen haben.“ Auch werden nicht seine Gesichtszüge entstellt. Es reichten „ein paar Tropfen Säure“, um die Augen jenes Mannes zu verätzen, der ihr Leben zerstört habe.

Eine „exemplarische Strafe“ nennt Ameneh Bahrami das. Eine Strafe, die dem islamischen Recht im Iran ent-

spreche, soweit das Opfer auf das Prinzip „Auge um Auge“ bestehe. Und sie bestehe darauf. „Nicht nur um Rache zu üben.“ Sondern auch zur Abschreckung. „Keiner anderen Frau soll so etwas wieder passieren.“

Noch genau kann sie sich an jenen 2. September 2004 erinnern, an dem ihr ein junger Mann im Zentrum Teherans gegenübertrat und ihr unvermittelt Säure übers Gesicht schüttete. Der Täter war ein Student, den sie kaum kannte und dessen Heiratsantrag sie kurz zuvor abgelehnt hatte. „Es brannte alles fürchterlich“ – ihr Gesicht, die Hände, die Brust.

Nach der Urteilsvollstreckung in Teheran will sie wieder nach Barcelona zurückkehren. „Dort fühle ich mich frei.“ Im Iran fürchte sie die Rache der Familie des Verurteilten. Der spanische Staat bezahlt ihr eine kleine Unterstützung, die für die Zimmermiete reicht. Zudem helfen ihr private Spender weiter.

Zurzeit studiert Ameneh Bahrami Spanisch und Blindenschrift, träumt von den Farben jener Dinge, die sie umgeben, und schwört, nicht aufzugeben: „Ich will leben.“



Eine Frau sinnt auf Rache: „Was würden Sie machen“, fragt das Attentats-Opfer Ameneh Bahrami, „wenn so etwas Ihrer Tochter angetan würde?“ Foto: ap